

Begründung:

Das niederländische Ministerium für Verkehr, Wasserwirtschaft und öffentliche Arbeiten plant die Verbesserung des Fahrwassers zwischen Eemshaven und Nordsee. Diese Verbesserung umfasst eine Vertiefung auf 15,5 m –NAP und einer Verbreiterung auf 300 m in den geraden Abschnitten und 400 m in den Kurven. Die Umweltfolgen des geplanten Vorhabens müssen in einem Umweltverträglichkeitsprüfungsbericht (UV-B) untersucht werden. Die Startnotiz enthält eine erste Einschätzung über Art und Umfang der zu erwartenden Umweltauswirkungen und geht dem gesetzlichen Verfahren, d. h. auch dem Erstellen des UV-B, voran.

Das Ministerium für Verkehr und Wasserwirtschaft hat der Stadt Emden mit Schreiben vom 01.11.06 die Startnotiz mit der Bitte um Bekanntmachung der Auslegungszeit in den Emdener Tageszeitungen zugesandt. Die Auslegung zur Einsichtnahme findet vom 01.11.06 bis 12.12.06 im FD Stadtplanung statt.

Die Maßnahmen befinden sich im Ems-Dollart-Ästuar und damit auch teilweise im Vertragsgebiet. In Emden ist ebenfalls eine im Vertragsgebiet liegende Vertiefung der Ems zwischen Emden und Eemshaven geplant sowie weitere Strombaumaßnahmen von Papenburg bis Emden vorgesehen.

Hier soll die städtische Stellungnahme mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt und NPorts abgestimmt werden. Um dies noch im laufenden Beteiligungsverfahren zu berücksichtigen, wird die städtische Stellungnahme erst mit der Ratspost am 01.12.2006 versandt werden können.

N-Ports werden keine Stellungnahme zu dem geplanten Verfahren abgeben, sondern dies der WSA bzw. WSD überlassen.

Die WSD sammelt die Anregungen der WSV und leitet sie weiter. Bisher ist das offizielle Beteiligungsschreiben seitens der Niederländer dort aber noch nicht eingegangen.

Da auch auf deutscher Seite Maßnahmen zur Vertiefung der Ems vorgesehen sind, hat es in dieser Sache schon eine Besprechung zwischen der niederländischen und deutschen Seite gegeben, um beide Emsvertiefungsmaßnahmen zu koordinieren. Weitere Gespräche sind vorgesehen.

Das Land Niedersachsen und der Bund streben eine gemeinsame Vorgehensweise unter Federführung des Landes an.